



**CDU** RATSFRAKTION DER  
STADT OSNABRÜCK

Nina Peiler

Fraktionsgeschäftsführung

Telefon (0541)323-4300

Mobil: 0177 3333866

[Peiler@osnabrueck.de](mailto:Peiler@osnabrueck.de)

[www.cdu-ratsfraktion-osnabrueck.de](http://www.cdu-ratsfraktion-osnabrueck.de)

Pressemitteilung  
Nummer 19/2020

3. November 2020

## **CDU-Fraktion fordert Anlaufstellen für Kinder**

### **Misshandlung und Missbrauch vorbeugen, Anlaufstellen einrichten, Täter identifizieren**

„Die polizeilich gemeldeten Fälle des Kindesmissbrauchs und der Kindesmisshandlung stiegen zuletzt beunruhigend. Die hohe Dunkelziffer und die drastische Zunahme von Straftaten in diesem Spektrum im Zuge der Corona-Pandemie muss uns dabei besonders zu denken geben“, mahnt Eva-Maria Westermann, Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses für die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Osnabrück. „Die Einrichtung von niedrighschwelligem Anlaufstellen für betroffene Kinder und Jugendliche im städtischen und digitalen Raum ist daher dringend notwendig“, stimmt ihr die Vorsitzende des Stadtrats und ebenfalls Mitglied des Jugendhilfeausschusses Rita Feldkamp zu.

Der Antrag, mit dem sich die CDU-Fraktion für die Etablierung eben solcher Anlaufstellen einsetzt, wird am 3. November 2020 in den Rat der Stadt eingebracht. Die CDU-Fraktion fordert damit die Verwaltung der Stadt Osnabrück auf, schnellstmöglich Anlaufstellen und entsprechende Konzepte für Kinder, die von Misshandlung und Missbrauch betroffen sind, einzurichten.

„Die Täter kommen oft aus dem sozialen Nahbereich ihrer Opfer und nehmen ihnen gegenüber eine Vertrauens- und Machtposition ein. Daher sind Familie und Freunde häufig nicht die erste Anlaufstelle. Die Betroffenen befürchten, dass ihnen nicht geglaubt wird. Dies verstärkt sich, je näher der Täter dem engsten Familien- oder Freundeskreis steht. Durch die Angst vor Repressalien bleiben viele Vorfälle ungemeldet. Mit unserem Antrag setzen wir uns daher dafür ein, Maßnahmen zu implementieren, die die Meldequote erhöht und so eine Strafverfolgung erst ermöglicht. Wir hoffen, dies erhöht letztendlich auch die Hemmschwelle für die Täter“, erklärt Rita Feldkamp weiter. Es muss dabei vor allem auf einen leichten Zugang zu Meldestellen und Hilfsangeboten für Kinder und Jugendliche geachtet werden.

„Es ist uns besonders wichtig, digitale Angebote zu machen, aber auch Anlaufstellen im städtischen Raum zu schaffen, um den Betroffenen den Erstkontakt so einfach wie möglich zu gestalten“, führt Eva-Maria Westermann aus. Im Sinne

dieser Doppelstrategie fordert die CDU-Fraktion die Einrichtung von sogenannten Kindernotinseln, welche Anlaufstellen im öffentlichen Raum darstellen, an denen Kinder in Bedrohungssituationen oder Notlagen Hilfe bekommen können. Teilnehmende Geschäfte oder andere Orte, welche bestimmte Bedingungen erfüllen, also beispielsweise ihre Geschäftsräume im Erdgeschoss haben und zu regelmäßigen Öffnungszeiten erreichbar sind, werden für die Kinder klar ersichtlich mit dem Logo der Kindernotinsel gekennzeichnet. „Das Konzept hat sich andernorts bewährt. Bundesweit gibt es bereits 16.650 solcher Notinseln. Zudem fördert die Errichtung eines solchen städtischen Netzwerks die im Kontext der Bekämpfung von Kindesmisshandlung und Kindesmissbrauch zwingend erforderliche Zusammenarbeit von Stadt, Schulen, Polizei, lokalen Geschäften und der Presse, sowie die vielseitige Behandlung der Problematik in Osnabrück“, so Westermann weiter.

Die CDU-Fraktion setzt sich zudem für die Etablierung von digitalen Anlaufstellen ein, die besonders im Kontext der Digitalisierung, aber auch im Zuge von Lock-downs aufgrund der Corona-Pandemie zwingend erforderlich sind. „Digitale Angebote verringern die Meldehemmschwelle und erleichtern besonders den Erstkontakt. Mit der Einrichtung eines Chat-Angebots auf den Internetseiten der Stadt oder über WhatsApp stellen wir eine umfassende Erreichbarkeit insbesondere für die junge Generation sicher“, betont Rita Feldkamp. „Nur mit einem umfassenden Konzept, das gleichzeitig traditionelle und digitale Hilfsangebote schafft, können wir sicherstellen, dass die Betroffenen Hilfe erhalten und dass wir als Gemeinschaft der Problematik Kindesmisshandlung und Kindesmissbrauch aktiv und adäquat begegnen“, so Westermann und Feldkamp abschließend.